

Links blinken, rechts fahren

von Erhard Eppler

Erhard Eppler, 61, ist Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission und Präsidiumsmitglied des Deutschen Evangelischen Kirchentages. Zusammen mit dem SED-Ideologen Otto Reinhold erarbeitete Eppler das gemeinsame SPD/SED-Papier über den Streit der Ideologien und gemeinsame Sicherheit.

Wer kennt nicht den Witz vom israelischen Panzerfahrer, der, vom General befragt, was er tue, wenn ihn ein Jagdbomber von hinten angreife, antwortet: „Ich blinke links und fahre rechts!“

Wenn links Öffnung, Entkrampfung, Glasnost und Perestroika bedeutet, rechts das Beharren, das Festklammern am Monopol auf Macht und Wahrheit, dann hat der junge Israeli die Politik der DDR-Führung ziemlich genau beschrieben. Offen bleibt, ob die Leute, die links blinken, dieselben sind, die rechts fahren. Manchmal wird zur Abwechslung rechts geblinkt und links gefahren. Es geht wohl nicht um Täuschung, sondern um Streit. Aber eben auch um Verwirrung.

Der Jagdbomber, der da von hinten, also von Osten her anbrauste, während die Besatzung des DDR-Panzers auf die Gefahr von vorn, aus der Bundesrepublik fixiert war, heißt Michail Gorbatschow. Er kam für uns alle überraschend, nicht nur für die SED. Aber für sie geht es um die Wurst. Gorbatschow will eben nicht nur neue Tapeten, er will den Umbau.

In beiden deutschen Staaten ist noch selten so viel und so zornig über die Regierenden gelacht worden wie heute. Nur: Helmut Kohl ist nicht die Bundesrepublik Deutschland, nicht der Staat. Er ist ein peinlich schwacher, aber eben abwählbarer Kanzler. Diese Republik hält viel aus, eben weil ihre Regierungen nicht beliebig viel aushalten und für das Angerichtete zur Verantwortung gezogen werden. Die SED ist der Staat. Eben deshalb hält dieser Staat vorläufig nicht mehr aus als die SED.

Ich möchte kein Land regieren, dessen Bewohner jeden Abend um acht Uhr in ein anderes Land emigrieren. Aber wer ein solches Land regieren will oder muß, kann sich weniger Torheiten leisten als andere. Eine Partei, die sich vier Jahrzehnte lang das Recht nahm, immer recht zu haben, kommt in gefährliche Gewässer, wenn sie ihre Bürgerinnen

und Bürger so verwirrt, daß sie nur noch lachen.

Nach dem 17. Januar 1988 wurde einigen der Rosa-Luxemburg-Demonstranten im Stil der fünfziger Jahre Landesverrat vorgeworfen. Drei Wochen später waren sie alle im Westen, mit oder ohne DDR-Paß. Das war rechts geblinkt und links gefahren.

Dann lud Erich Honecker Bischof Werner Leich zu sich zum „Dialog“. Anlaß war der zehnte Jahrestag jenes 6. März 1978, an dem die SED ihren neuen Kurs gegenüber der Kirche verkündete, der – langsam, aber unübersehbar – das Leben der „Kirche im Sozialismus“ erleichterte. Was sich zwischen Honecker und Leich abspielte, war zwar noch längst kein Dialog, wohl aber ein Austausch gutgemeinter, freundlich-kritischer Noten. Immerhin ein Blinken links. Aber schon am Tag darauf demonstrierte die Staatssicherheit vor der Marienkirche in Berlin, daß man rechts zu fahren entschlossen war.

Schon 1987 hatte die Leitung des Erfurter Kirchentages Egon Bahr und mich zu sich in die DDR eingeladen. Ich hatte als Präsidiumsmitglied des Deutschen Evangelischen Kirchentags sogar das, was man in der DDR ein „kirchliches Mandat“ nennt. Ich hatte als erster bundesdeutscher Politiker – am 3. September 1987 – an einer Live-Diskussion im DDR-Fernsehen teilnehmen können.

Wer im DDR-Fernsehen frei reden darf, müßte auch auf einem Kirchentag auftreten dürfen. So dachten die Kirchentagsleitung und wohl auch die zuständigen Stellen in Ost-Berlin. Aber in Erfurt dekretierte ein Provinzfürst namens Müller, er wolle Bahr und Eppler nicht auf seinem Territorium sehen. Erst eine Nachfrage in der Zentrale führte dazu, daß Herr Müller der Unterschied zwischen einem Duodezfürsten des 18. Jahrhunderts und dem ersten Sekretär der SED eines DDR-Bezirktes dämmerte.

Bahr und ich konnten auf dem Kirchentag in Erfurt frei und ungehindert reden. Kaum war der Kirchentag vorbei, da verbot die Zensur der zuständigen Kirchenzeitung fast alles, was sie darüber berichten wollte. Das erfuhr ich auf dem Kirchentag in Halle. Und natürlich wurde ich dort gefragt, was ich von der Art halte, wie jetzt – weit rigoroser als in den letzten Jahren – Kirchenzeitungen zensiert werden. Was sollte ich anders sagen, als daß niemand verstehen könne, wenn DDR-Bürger nicht lesen dürften, was sie vorher längst gesehen und gehört hätten, auf dem Kirchentag und im West-Fernsehen.

Zugegeben: Auch bei den Kirchentagen wurde zwischendurch einmal rechts geblinkt und links gefahren. Aber es bleibt der Eindruck eines Schlingerkur-

ses, der an der Nüchternheit des Fahrers zweifeln ließe, vorausgesetzt, es säße nur ein Fahrer am Steuer. Wenn in Kirchenzeitungen alles gestrichen wird, was Michail Gorbatschow lobt, sogar Zitate aus sowjetischen Zeitungen, dann wird's lächerlich.

„Von der Sowjet-Union lernen will gelernt sein“ heißt heute die ironische Persiflage auf das, was 40 Jahre lang auf Transparenten prangte: „Von der Sowjet-Union lernen heißt siegen lernen.“ Heute, wo dies zum erstenmal stimmen könnte, sind die Transparente verschwunden.

Und dann die alberne Begründung: Zitate aus sowjetischen Blättern seien Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates. Ist die Sowjet-Union etwa kein souveräner Staat mehr, der selbst entscheiden kann, was er für Einmischung in seine inneren Angelegenheiten hält? Ist die Sowjet-Union Satellit der großen DDR, die fürsorglich und vorsorglich für andere entscheiden muß? Die Einmischung in innere Angelegenheiten muß offenbar immer dann herhalten, wenn sonst gar nichts mehr einfällt.

Darf man es DDR-Bürgern verbieten, wenn sie auch das gemeinsame Papier von SPD und SED, auf das sie im Spätsommer 1987 so viele Hoffnungen gesetzt hatten, inzwischen eher für ein Blinken links halten? Sicher, es war mehr als dies, auch und gerade nach Meinung der Mitautoren aus der SED, wohl auch des Politbüros, das dieses Dokument absegnete. Aber das in langen Diskussionen erarbeitete Papier läßt sich eben nicht auf die banale Formel versimpeln, der Friede sei wichtiger als alles andere. Das ist zwar auch nicht falsch, aber darüber hätten wir nicht eineinhalb Jahre zu diskutieren brauchen.

Es ist erfreulich, wenn mein SED-Gesprächspartner Otto Reinhold bekräftigt, er würde das gemeinsame Papier heute noch einmal so abfassen wie vor Jahresfrist 1987. Bei diesem Papier ging es um die ideologischen Prämissen gemeinsamer Sicherheit. Dazu gehört, daß beide Seiten sich Friedensfähigkeit und Reformfähigkeit zugestehen. Wir waren uns einig, daß der friedliche Wettbewerb der Systeme auch darum zu führen sei, wer die Menschenrechte, die zum humanistischen Erbe Europas gehören, besser verwirklichen kann, daß der Dialog über die Systemgrenzen hinweg auf Dauer nicht viel besser funktionieren kann als der Dialog innerhalb beider Systeme.

Daß ein Staat nur lebensfähig ist, wenn viele Menschen sich kritisch für ihren Staat und ihre Gesellschaft engagieren, ist doch wohl mehr als eine westliche Marotte. Daß das Recht der

freien Meinungsäußerung mehr ist als subversive westliche Ideologie, könnte ein Blick nach Osten, nach Moskau, lehren. In einem hat Reinhold mich überzeugt: Wenn innerer und äußerer Dialog zusammengehören, dann dürfen auch wir im Westen niemanden ausgrenzen, nicht einmal das vielfach gebeutelte und inzwischen auch reichlich verwirrte Häuflein der DKP.

Noch in den sechziger Jahren hätten die Politiker der Bundesrepublik über solchen Wirrwarr in der DDR frohlockt. Das ist ihnen längst vergangen.

Europa braucht um seines Friedens willen eine stabile, lebensfähige, selbstbewußte DDR. Und auch Gorbatschow kann heute alles eher gebrauchen als politisches Chaos am Westrand seines Imperiums. Mag sein, daß es bei uns noch Kräfte gibt, die auf Destabilisierung der DDR zielen. Egon Bahr, Wolfgang Schäuble und Hans-Dietrich Genscher tun das Gegenteil, und auf sie kommt es an.

Aber was sollen wir tun, wenn die SED selbst die DDR destabilisiert? Zusehen? Lachen? Weinen? Ich hätte gern ein bißchen mehr. Vielleicht kommt nun doch wieder – dem SPD/SED-Papier zuwider – der abgestandene Vorwurf, ich mischte mich in die inneren Angelegenheiten der DDR ein. Ich weiß nicht, welchen Weg die DDR gehen muß. Ich weiß nur, daß sich endlich die Bürgerinnen und Bürger der DDR in ihre eigenen inneren Angelegenheiten einmischen müssen, wenn die DDR einen Ausweg aus ihrer Misere finden soll.

Natürlich gibt es in der DDR Aufgaben, deren Vertracktheit ich zumindest ahnen kann. Wie kommt man zu marktgerechten Preisen, ohne die Ertragskraft der billigen Grundnahrungsmittel einfach auf den Schutthaufen der Geschichte zu werfen? Wie kommt man zu einer vernünftigen Energiepolitik, solange die pauschale Abgeltung von Heizung und Warmwasser in lächerlich niedrigen Mieten als soziale Errungenschaft gilt? Wie kann demokratische Willensbildung richtig funktionieren, wo die Medien des anderen, reicheren und größeren deutschen Staates oft ganz unverantwortlich einwirken?

Offenbar weiß die Mehrheit der SED-Führung, daß sich vieles in der DDR ändern müssen. Aber wie? In welchem Tempo? Wo fängt man an? Wie verhindert man, daß alles ins Rutschen kommt? Ich beneide niemanden, der da zu entscheiden hat.

Viele in der SED wissen, daß es ohne den Dialog nach innen nicht weitergeht. Und sie suchen und praktizieren ihn. Aber viele Funktionäre verstehen sich eben nur auf das, was sie gelernt und in Jahrzehnten eingeübt

haben: das Dekretieren, Kommandieren, Drohen, Einschüchtern, Ausgrenzen. Es zeigt sich: Zuhören, begründen, argumentieren, werben will gelernt sein. Und wo wäre Ersatz für die Funktionäre, die dies nie gelernt haben und wohl auch nicht mehr lernen werden?

Auch für die DDR gibt es keinen Rückweg mehr zum Motto Wilhelms II.: „Alles Unheil in Deutschland kommt daher, daß Meine Untertanen immer selber denken wollen.“ Sie wollen nun einmal, eine wachsende Zahl – und die immer energischer. Sie wollen keine Untertanen mehr sein. Sie wollen und werden sich in ihre inneren Angelegenheiten einmischen, und sie signalisieren damit: Dieser Staat ist uns nicht gleichgültig, er ist unser Staat. Bemerkte die SED wirklich nicht die Chance, die darin liegt?

Ein kluger katholischer Dechant sagte auf dem Kirchentag in Halle, es gebe in der DDR zwei kleine Minderheiten, die überzeugten Marxisten und die gläubigen Christen. Dazwischen gebe es eine riesige Mehrheit, die fast nur durch ihre deutliche Distanz zu beiden Minderheiten zu definieren sei. Daher brauche die DDR den Dialog zwischen ihren engagierten Minderheiten.

Sicher: Diese Mehrheit, die mit ihren Einkaufstaschen lustlos und oft apathisch durch graue Straßen tritt, ist keine Gefahr für die SED. Dieser Mehrheit ist inzwischen fast alles egal, was ihre Nischen nicht berührt. Aber mit ihr läßt sich kein konkurrenzfähiger Industriestaat machen. Insofern ist sie schon mittelfristig doch eine Gefahr.

Gelingt es nicht, diese Mehrheit zu aktivieren, zu interessieren, zu engagieren, dann hat die DDR im Sog der Bundesrepublik keine Zukunft. Aber diese amorphe Mehrheit läßt sich nur aktivieren, wenn sie sich auch profilieren kann, wenn sie sich aufgliedern kann in Gruppen und Initiativen, die sich nicht gänzlich lassen und sich zutrauen, etwas von ihren Wünschen und Bedürfnissen durchzusetzen.

Aber weil diese Mehrheit sich bisher kaum artikulieren kann, muß der Dialog wohl zwischen den beiden Minderheiten beginnen. Die Bereitschaft bei der christlichen Minderheit war in der Vergangenheit auch schon einmal größer als heute. Auf beiden Seiten werden viele umdenken müssen.

In den fünfziger Jahren war die SED auf den Widerstand jener konservativen Lutheraner gestoßen, die ihre vergrößerte Zwei-Reiche-Lehre sehr wohl mit deutschnationalem Pathos und massivem Antikommunismus zu verbinden wußten, einem Antikommunismus, den die Stalinisten laufend und ausgiebig mit Futter versorgten.

Jetzt findet die SED die konservativen Theologen recht bequem, die der Kirche raten, dem Staat nicht dreinzureden, ihn wursteln und sich notfalls zugrunde richten zu lassen. Die SED ist, wie weiland Wilhelm II., gegen politische Pastoren. Sie dürfte daher manchem, was Helmut Schmidt jüngst in Rostock zum Verhältnis von Kirche und Politik zu sagen hatte, aus vollem Herzen zugestimmt haben.

Suspekt in der Kirche sind der SED jetzt die Progressiven, die es für Christenpflicht halten, in diesem Staat mitzumischen, ihr kritisches Engagement einzubringen, weil sie den sozialistischen Staat als den ihren angenommen haben. Dabei sind sie die einzigen, die glaubwürdig und wirksam auch den knapp hunderttausend Resignierten entgegentreten können, die mit verzweifelten Mitteln ihre Ausreise betreiben.

Natürlich sind die jungen Christen um Friedrich Schorlemmer unbequem, wenn sie auf einem Kirchentag 20 Thesen für die Erneuerung der DDR einbringen. Aber sie sind eben auch dialogfähig und vor allem dialogwillig. Und so reich ist die DDR nun wirklich nicht, daß sie dieses Potential an gutem Willen einfach ignorieren, abdrängen oder gar kriminalisieren könnte.

Natürlich dürfen sich einige in der SED darüber ärgern, wenn der Ost-Berliner Konsistorialpräsident Manfred Stolpe in Halle ohne Schnörkel feststellte: „Ohne Perestroika geht es nicht.“ Aber es gibt genug Einsichtige in der SED, die ihm recht geben und im stillen denken: Ganz ohne Stolpe geht es auch nicht.

Schade, daß es keine jüngere Führungsfigur in der SED gibt, die prädestiniert erschiene, die Herkules-Last der Perestroika zu schultern. Vielleicht muß ein Team aus dem zweiten Glied die Arbeit übernehmen.

Wir im Westen werden es uns verkneifen müssen, auch nur eine der Schwächen auszunutzen, die den Prozeß der Perestroika notwendig begleiten. Und wir werden versuchen müssen, so diskret und so großzügig wie möglich Hilfestellungen für die wirtschaftliche Erneuerung anzubieten. Aber das können wir erst, wenn die Blinker und die Fahrer sich auf einen Kurs verständigt haben, der in eine freiere und erfolgreichere Zukunft führt.

SPIEGEL Essay
